

zu unverhohlen seine Mißbilligung über die ganze neue Verfassung ausgesprochen hat, um nicht eine solche allmähliche Zerstörung derselben durch sich und von innen heraus mit einer gewissen Schadenfreude gewähren zu lassen. Neben diesen speciellen Uebelständen treten eine Menge andere, die man in allen kleinen constitutionellen Staaten beobachtet hat, auf die frappanteste Weise ans Licht. Alle parlamentarischen Kämpfe, so wie die Kämpfe der Presse drehen sich fast ausschließlich um Persönlichkeiten und Familien, anstatt um Principien, und wollte man auch die letzteren an die Spitze stellen, es würde bald an geeigneten Persönlichkeiten fehlen, sie würdig zu vertreten. Ich habe nicht ohne Absicht diese Verhältnisse etwas ausführlicher erörtert, weil ich sie nicht für ganz ohne Bedeutung halte. Nichts kann mehr geeignet sein, die Haltlosigkeit aller kleineren Staaten außer Zweifel zu setzen, als dieses constitutionelle Unwesen, und es wird nicht am wenigsten dazu beitragen, den Bau eines einigen Deutschlands zu fördern. Für Luxemburg aber knüpfen sich die Ueberzeugung der eigenen Haltlosigkeit, die freilich jetzt noch nirgends durchgedrungen ist, aber für die Folgezeit sich doch Bahn brechen muß, noch andere Fragen von der größten Wichtigkeit, und diese Fragen, glaube ich, können nur von Deutschland gelöst werden. Deutschland hat bis jetzt nur kiefmütterlich an dem deutschen Grenzlande gehandelt, es muß sich von nun an seiner mütterlich annehmen.

Erfurt, 14. Dec. Die Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, eine Deputation nach Berlin zu senden, um Sr. Majestät dem König und dem Verwaltungsrath für die hohe Auszeichnung zu danken, welche der Stadt Erfurt dadurch widerfahren ist, daß sie zur Residenz des deutschen Reichstages ausersehen worden.

Der Spezial-Kommissarius des Ressorts-Ministeriums, Graf Gulenburg, welcher vor einigen Tagen hier war, hat zum Parlamente Hause die Augustinerkirche und zu den sonst noch notwendigen Räumen das angrenzende Martinsstift und das evangelische Waisenhaus ausersehen. Nach den Aeußerungen des Grafen Gulenburg dürften diese Räume auf die Dauer von 1 bis 2 Jahren nothwendig sein. Die Stadtverordneten haben heute einstimmig erklärt, daß der Räumung jener Lokalitäten, insofern dieselben der Stadt angehören, nichts im Wege stehe. Die ernannte Deputation soll zugleich diesen Beschluß nach Berlin überbringen.

N. Erf. Btg.

Flensburg, 13. December. Von sonst wohlunterrichteter Quelle erfährt man, daß der Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark ausdrücklich auf 3 Monate verlängert worden sei, obgleich nach Inhalt der Convention der Waffenstillstand stillschweigend fortläuft bis 6 Wochen nach etwa vom 17. Januar an erfolgnder Kündigung. Diese letztgedachte Bestimmung schließt eine solche ausdrückliche Verlängerung nicht aus, durch die lediglich an die Stelle des 17. Januars der 17. April gesetzt und dann von diesem Tage an der Waffenstillstand noch bis 6 Wochen nach erfolgnder Kündigung stillschweigend fortlaufen würde. H. N.

Neustadt, 12. Dec. Es werden zehn neue Bataillone gebildet werden, aus den Altersklassen von 43, 44 und 45, wozu außer den alten gebienten Soldaten auch die 26 — 30 jährigen gehören; die Mannschaft ist bereits da, es bedarf nur der Einberufung, und diese wird wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen Statt finden. Die schleswig-holsteinische Armee wird demnach bei Wiederbeginn des Krieges 23 Infanterie-Bataillone, 7 Jäger-Corps, 3 Regimenter Cavallerie und entsprechende Artillerie zählen.

Aus Hohenzollern, 13. December. Die der „Deutschen Zeitung“ aus Berlin gewordene und von andern Organen der Tagespresse nachgedruckte Mittheilung über die „nun erfolgte“ Einverleibung der Fürstenthümer beider Hohenzollern in den preussischen Staat, muß als unrichtig bezeichnet werden. Es ist in dieser Sache noch keine Entscheidung getroffen. Ebenso ist die in demselben Blatte enthaltene Angabe über die künftige Verwaltung der Fürstenthümer durch einen „Präsidenten“ dahin zu berichtigen, daß für die oberste Verwaltungsbehörde der hohenzollernschen Fürstenthümer unter künftiger preussischer Hoheit, als deren muthmaßlichen Träger eine hervorragende Persönlichkeit der ersten preussischen Kammer genannt wird, noch kein amtlicher Charakter festgesetzt ist.

Wien, 16. December. Eine neue, jedoch noch nicht offiziell bekannt gemachte Verordnung betrifft veränderte Modalitäten in Betreff der Militär-Stellvertretung. Der Zweck dabei ist, dem hiedurch entstandenen Menschenhandel ein Ziel zu setzen und die Entwicklung einer gebildeten Kernmannschaft zu erzielen. Nach dieser Verordnung hat die bisher im Frieden zugelassene Stellvertretung, durch einen Ersatzmann, aufzuhören, wogegen eine direkte Regulirung, durch den baaren Erlag einer Taxe von der Militärpflicht befreien kann. Die nämliche Begünstigung soll auch jenen bereits dienenden Soldaten zu Theil werden, welche aus besondern Familien-, Wirtschafts- oder Gewerbsrücksichten die Entlassung

im Offizierwege bewilligt wird. Diese Taxe wird für die aus Galizien und der Bukowina, aus Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien, Slavonien, Dalmatien und der serbischen Wojwodina gebürtigen Leute auf 500 fl. C.-M., für die aus dem lombardisch-venetianischen Königreiche Gebürtigen mit 700 fl., und für die aus allen übrigen Kronländern Gebürtigen mit 600 fl. festgesetzt, deren Ertrag das Individuum von der allgemeinen Wehrpflicht enthebt. Der hievon mit Hilfe noch anderer Zuflüsse zu bildende Fond hat den freiwillig Eintretenden zu Gute zu kommen. Als Freiwillig haben auch die nach vollstreckter achtjähriger Kapitulatioon weiterhin Dienenden zu gelten und außer einem Handgeld von 15 fl. eine tägliche Zulage von 5 fr. C.M. zu erhalten. Bereits ist die Engagierung von 6000 solcher Freiwilliger aus den verschiedenen Truppenkörpern erfolgt.

Der Handelsminister hat an den Gewerbeverein ein Schreiben gerichtet, worin die Unmöglichkeit der Zusammenberufung eines Zollkongresses aus der Ursache erläutert wird, weil ein solcher nur mit der Zustimmung des Reichstages stattfinden könne.

In Folge der Organisation der serb. Wojwodina und des Temescher Banats hat sich daselbst eine deutsch-magyarische Partei gebildet, welche sich durch keinerlei Drohungen abschrecken läßt, gegen die Ausscheidung dieser Landesstriche feierlichst zu protestiren und bereit ist, jedes gesetzliche Mittel zu ergreifen, um die frühere Einverleibung mit Ungarn zu erlangen.

Nach den neuern Pesther Nachrichten bleiben die Israeliten Ungarns, ungeachtet der wiederholt gemachten Vorstellungen dennoch gehalten, die ausgeschriebene Kriegsteuer von 2,200,000 fl. C.-M. in mehreren auf Jahre sich erstreckenden Raten zu erlegen. Nur die Juden von Preßburg, Temeswar und der serb. Wojwodina bleiben hievon verschont.

Donaufürstenthümer.

Zu der schwebenden Frage über Zurücksendung und Entfernung der ungarisch-polnischen Flüchtlinge, welche noch immer der streitige Punkt zwischen dem Petersburger Cabinet und der Pforte ist — kommen jetzt, sichern Nachrichten zufolge — noch neue Entwicklungen in den Donau-Fürstenthümern, welche wahrscheinlich nur dazu dienen werden, Rußlands Uebermacht zu befestigen. Bekanntlich war von den Kommissären der russischen und türkischen Regierung eine Gesamt-Kommission für die Moldau und Walachei berufen worden, um das *réglement organique* zu revidiren. Obwohl die Mitglieder dieser Kommission keine besondere moralische Garantie für ihre Unabhängigkeit bieten, so hat sich dennoch jetzt eine Opposition gegen die letzten Maßregeln, welche Rußland, auf den Vertrag von Balta-Liman gestützt, in den Donaufürstenthümern ergriffen, gebildet, die allenthalben eine große Aufregung hervorruft, und leicht eine Verstärkung der russischen Occupations-Truppen herbeiführen könnte. Die vorzüglichsten Beschwerdepunkte der Opponenten sind: 1) daß im Vertrage von Balta-Liman die Pforte und Rußland festgestellt habe, daß das *réglement organique*, welches schon im Jahre 1833 zu heftiger Opposition der walachischen Nationalversammlung Anlaß gegeben hat, unverändert beibehalten werden, und jetzt den eigenen Statuten zuwider, nur von einer Kommission für beide Fürstenthümer revidirt werden soll; 2) daß die Fürsten, anstatt lebenslänglich, jetzt nur für 7 Jahre gewählt worden sind, und endlich 3) daß die jetzt regierenden Hospodare nicht von den Bojaren des Landes gewählt, sondern von Rußland so zu sagen imponirt worden sind. Man hat freilich einige Bojaren namentlich designirt, welche sich zur Wahl versammeln sollten; aber selbst von diesen erschienen nur einige, welche gar kein Votum abgaben. Die Opposition in der Kommission, und sie dürfte die Majorität bilden, geht mit dem Gedanken um, die Ernennung der Fürsten Ghika und Stirbey als illegal zu erklären. So stehen in diesem Augenblicke die Angelegenheiten der Donaufürstenthümer.

Const. Bl. a. B.

Frankreich.

Paris, 18. Dec. Das Resultat der Abstimmung über die Getränkesteuer beschäftigt heute alle Gemüther. Daß das Ministerium die Majorität erlangen würde, war schon längst außer Zweifel gestellt, aber eine Mehrheit von 225 Stimmen hätte sich Niemand erwartet. Das „*Journ. d. Débats*“ sagt darüber: „Das Land wird die Klugheit und die Festigkeit dieser Entscheidung gewiß billigen, die Parteien werden sich abmatten, und die Leidenschaften der Arbeiter in den größeren Städten aufzuregen suchen: die Kammer weiß dies recht gut, und geht dieser Gefahr muthig entgegen, um größere und reelle Mißgeschicke vom Lande entfernt zu halten; sie hat bewiesen, daß sie mehr Patriotismus und Muth besitzt, wie ihre Feinde glaubten.“ — Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat einen Gesetzesvorschlag, die Wiederherstellung des früheren Sitzungslokales eingereicht. Die Kosten würden sich auf 70,000 Fr. belaufen, und man zweifelt nicht, daß die Kammer